

Elbe Aktion

3x2 Tickets zu gewinnen!

„Nu is Sense!“

Nils Loenicker als nörgelnder Landwirt im Lustspielhaus

9



Zu zweit auf zehn Quadratmetern

Unterkunft Luruper Hauptstraße: Stadt verweigert Geflüchteten Einzelzimmer, obwohl der Platz vorhanden wäre

CARSTEN VITT, LURUP

Es ist eng in den Zimmern der Wohnunterkunft Luruper Hauptstraße. 10,6 Quadratmeter stehen zwei Geflüchteten zum Wohnen, Essen, Lernen und Ausruhen zur Verfügung. Helfer der Initiative Willkommen in Lurup fordern, dass jeder Bewohner ein einzelnes Zimmer bekommt – bisher jedoch vergeblich. Das Elbe Wochenblatt beantwortet die wichtigsten Fragen.

Haben die Bewohner ausreichend Platz?

Offenbar nicht. Das Contai-

nerdorf ist zwar eine Folgeunterkunft, hat aber eher den Standard einer Erstaufnahme. Laut Ehrenamtlichen ist es sehr eng, den Bewohnern fehlt Privatsphäre, Raum zum Ausruhen und Lernen. Mit zwei Betten, einem Schrank, Tisch und Stuhl sind die Zehn-Quadratmeter-Zimmer vollgestellt, für persönliche Sachen gibt es kaum Platz. Eine Art ständige Campingsituation, die immer wieder zu Spannungen führt.

Da die Küchen in den Wohngebäuden zu klein sind, um dort zu essen, nehmen die Bewohner ihre Mahlzeiten ebenfalls im

Zimmer ein. Zudem fehlen laut Ehrenamtlichen vor allem Gemeinschaftsräume oder separate Zimmer, in denen die meist jungen Leute mal für sich sein oder in Ruhe lernen können.

Ändert sich daran etwas?

Bisher nicht. Ende Juni soll die Unterkunft von bisher 912 Plätzen auf maximal 456 verkleinert werden, das ist eine Forderung aus dem Bürgervertrag, den lokale Initiativen mit dem Senat ausgehandelt haben (siehe Kasten). Doch auch ab Juli sollen keine Einzelzimmer für die Bewohner zur Verfügung stehen. Der Betreiber plant derzeit offenbar, freierwerdende Zimmer an Studierende zu vermieten. Zudem sollen zwei Häuser nur Familien zur Verfügung stehen. Einzelzimmer sind nur in begründeten Ausnahmefällen vorgesehen, zum Beispiel für kranke Bewohner oder Auszubildende, die viel lernen müssen.

Warum gibt es keine Einzelzimmer?

Die Stadt hält es für nicht vertretbar, den Platz in der Unterkunft statt für zuvor 912

”

Wir äußern die drängende Bitte, den Geflüchteten Privatsphäre und eine Perspektive zu geben

Eine ehrenamtliche HelferIn

Menschen nun „nur“ 456 Menschen zur Verfügung zu stellen. Argument: wirtschaftliche Erwägungen. Über die Kooperation mit dem Studierendenwerk sollen zudem Mieteinnahmen reinkommen. Aus Sicht der Ehrenamtlichen wäre es kein Luxus, den verbliebenen Bewohnern Einzelzimmer zu gewähren. „Es ist vielmehr die drängende Bitte, den Geflüchteten Privatsphäre und eine Perspektive zu geben und sich in Hamburg willkommen zu fühlen“, betont eine HelferIn.



Das DRK informiert über ärztliche Hilfe. FOTO: JÖRG F. MÜLLER/DRK

Tipps für Notfälle

Informationen für **Neu-Hamburger**

OSDORFER BORN. Vertreterinnen des Gesundheitsprojekts „MiMi Hamburg“ informieren am Dienstag, 20. Juni, ab 11 Uhr im DRK-Zentrum Osdorfer Born, Bornheide 99, über die wichtigsten Bereiche des deutschen Gesundheitssystems sowie Kindergesundheit. Das Angebot richtet sich vor allem an Migranten, es wird auf Arabisch übersetzt. „Wir wollen Menschen helfen, die noch nicht lange in Deutschland leben und mehr über die Gesundheitsversorgung wissen möchten“, sagt Corinna Franz aus dem Team der Migrationsberatung im DRK-Zentrum. Die Veranstaltung ist kostenlos. EW



Magier Gunthard Puppe zeigt Tricks im Stadtteilhaus Böv 38.

FOTO: PR

Magie in Lurup

LURUP. Magier Gunthard Puppe unterhält die Besucher des Stadtteilhauses Lurup, Böverstrand 38, am Kultursonntag, 25. Juni. Ab 16 Uhr zeigt er mit Witz und Charme seine Zauberkünste. Dazu gibt es Kaffee, Torte, Kuchen und Saft. Eintritt: 7,50 Euro. Senioren und gehbehinderte Menschen können den Fahrdienst in Anspruch nehmen. Dieser Service kostet einen Euro pro Fahrt. Fahrdienstbestellung bis Dienstag, 20. Juni, und Kartenreservierung bis Freitag, 23. Juni, unter ☎ 28 05 55 53 oder per E-Mail an stadtteilhaus@unser-lurup.de EW

DIESE WOCHE

Volksfeste

Umfrage: Durch welche Angebote werden Volksfeste attraktiv? 2

Trümmerfrau

Luruper schreibt einen Roman über das Leben seiner Mutter 3

Jubiläum

50 Jahre Osdorfer Born: Wie lebendig die Stadtteilkultur in der Siedlung ist 4/5



Straßenkunst

Festival Stamp ist der Auftakt zur zweiwöchigen Altonale 18



Bürgervertrag

Im Sommer 2016 haben lokale Bürgerinitiativen mit dem Senat Bürgerverträge für Flüchtlingsunterkünfte in den Stadtteilen abgeschlossen. Kerninhalte: viele kleine Wohnstätten, maximal 300 Menschen in einer Unterkunft und mehr Bemühungen um Integration. Mit der Initiative aus Lurup, Osdorf, Bahrenfeld (LOB) wurde un-

ter anderem vereinbart, die Unterkunft Luruper Hauptstraße bis Ende Juni 2017 auf 456 Plätze zu verkleinern, 2018 auf 300 Plätze. Gemeinsam mit der Initiative Willkommen in Lurup und der Bezirksversammlung Altona setzt sich LOB für Verbesserungen in der Unterkunft ein, zum Beispiel Einzelzimmer oder WLAN. CV

G20-Kritiker: „Werden in linksradikale Ecke gedrängt“

Streit um **Protest-Camp im Volkspark** – trickst die Innenbehörde?

HORST BAUMANN, BAHRENFELD

Beim G20-Gipfel möchte Hamburg seinem Ruf als weltoffene Metropole gerecht werden, sagte Bürgermeister Olaf Scholz. Ob diese Haltung auch für Gegner des Gipfels gilt, darum wird gerade gerungen – auch vor den Gerichten. Zum Zankapfel droht dabei ein Protest-Camp zu werden, das auf der Spielwiese des Altonaer Volksparks geplant ist. Bis zu 15.000 Menschen wollen die Organisatoren dort während des Anfang Juli stattfindenden Gipfels der Staats- und Regierungschefs unterbringen. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Welche Gruppen sind im Volkspark-Camp vertreten?

Es seien Strukturen aus der Kirche, Kinder- und Jugendverbände und politischen Organisationen vertreten, so beispielsweise die Falken, die Gewerkschaftsjugend oder die Globalisierungskritiker von Attac. Anders als das im Stadtpark geplante ausdrücklich „antikapitalistische Camp“ wird beim Protest im Volkspark keine antikapitalistische Richtung vorgegeben.

Was hält die Innenbehörde von den Protest-Camps?

Offenbar nicht viel. Auf NDR 90.3 sagte Innensenator Andy Grote (SPD): „Wir gehen erstmal

nicht davon aus, dass es wirkliche Probleme gibt, hier in der Stadt unterzukommen. Es gibt eine hohe Bereitschaft in der Szene, Anreisende aufzunehmen.“ Außerdem gebe es Kapazitäten in Hostels und Jugendherbergen.

Was halten die G20-Kritiker von der Innenbehörde?

Ebenfalls nicht viel. Die Innenbehörde sei „mit der Situation überfordert“ und versuche über eine erhebliche Einschränkung des Versammlungsrechts ihre eigenen Fehler auszubaden. Über die Medien würden „die Akteure der Innenbehörde versuchen, uns in eine linksradikale Ecke zu drängen, was nicht der Realität

entspricht, sondern lediglich eine Stimmung der Angst erzeugen soll“, heißt es aus dem Camp.

Wo Demos verboten sind 3